

KOLUMNE zu Befürchtungen, zu viele «Schweizer Industrieperlen» gingen ans Ausland

Angst vor China?

Es dürfte kaum zu bestreiten sein, dass viele Schweizer über einen stark ausgeprägten, fast schon traditionellen Abwehrreflex verfügen: «Wir gegen alle anderen!» - und wir leben bis anhin ja ganz gut damit. Ob mit dieser Einstellung eine gesunde und berechtigte Zurückhaltung oder eher mangelndes Selbstvertrauen zum Ausdruck gelangt, kann offenbleiben. Doch diese erstaunliche (und erschreckend defensive) Grundhaltung gilt nicht allein im Hinblick auf die Politik, etwa zur Europäischen Union, sondern - und dies erscheint besonders bitter - ebenso mit Bezug auf die Wirtschaft. Das Bauchgefühl vieler Politiker, gerade vor den nächsten Wahlen im Jahr 2019, führt zum Motto: «Switzerland first».

Ich möchte festhalten, was mancher Leser übel nehmen wird, aber irgendjemand (ohne politische Ambitionen) muss es tun: Wirtschaft hat wenig mit Demokratie zu tun! Unternehmen reagieren zwar - zunehmend und opportunistisch - auf die «öffentliche Meinung», doch eine Verantwortung, die weiter geht als legale Gewinnmaximierung, besteht nicht. Insofern schafft die Politik einzig die wirtschaftliche Rahmenordnung, die attraktiv ist (oder eben nicht). Die meisten in der Schweiz tätigen Unternehmungen kennen schlicht keine Landesgrenzen, insofern stellt eine Abschottung gegenüber dem Ausland keine «Landesverteidigung», sondern einen trumpf-schen heimatschützerischen Rohrkrepierer dar.

Und damit sind wir beim jüngsten Aufregungsthema für Schweizer Wirtschaftspolitiker: der Angst vor ausländischen Unternehmensübernahmen. Seit Jahren wird gegen ausländische Unternehmen oder Unternehmer polemisiert, die sich für «Schweizer Industrieperlen» interessieren; zu nennen sind etwa Vekselbergs Renova und Sulzer, Laxey und Implenja oder Saint Gobain und Sika. Die heftigsten Emotionen, nicht nur in der Schweiz, wecken jedoch Übernahmen durch chinesische Unternehmen, hinter denen meist der Staat China vermutet wird; als Beispiele können ChemChina betreffend Syngenta oder HNA betreffend Gategroup erwähnt werden. Die Politikerseele kocht - das geht ja gar nicht!

Mit Verwunderung reibe ich mir die Augen, wenn ich sehe, welche parlamentarischen Vorstösse gegen solche ausländischen Übernahmen



PETER V. KUNZ
ORDINARIUS FÜR WIRTSCHAFTSRECHT

Der Autor, Prof. Dr. iur., Rechtsanwalt, LL.M., ist seit 2005 Ordinarius für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung der Universität Bern; seit 2015 ist er Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Vor seiner akademischen Karriere war er unter anderem als Journalist tätig und als FDP-Mitglied Gemeinderat in Dulliken und Kantonsrat des Kantons Solothurn. Inzwischen ist er aus der FDP ausgetreten.

DIE KOLUMNISTEN
AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT
KATJA GENTINETTA, POLITIKPHILOSOPHIN UND -BERATERIN
MARKUS GISLER, WIRTSCHAFTSPUBLIZIST
PETER V. KUNZ, PROFESSOR FÜR WIRTSCHAFTSRECHT
ESTHER GIRSBERGER, PUBLIZISTIN UND MODERATORIN
THOMAS STRAUBHAAR, ÖKONOM UND MIGRATIONSFORSCHER
CHRISTIAN WÄNNER, EHEM. SOLOTHURNER FINANZDIREKTOR
HANS FAHRLÄNDER, PUBLIZIST UND EHEMALIGER CHEFREDAKTOR

eingereicht werden, in seltener politischer Harmonie von SP und SVP. Es scheint um den «Ausverkauf der Heimat» zu gehen. Sogar eine neue Bundesbehörde soll geschaffen werden, um solche Unternehmensübernahmen zu überwachen und möglichst zu verhindern. In der Essenz geht es, wenn auch nicht offen zugegeben, in erster Linie um Industriepolitik und um wirtschaftlichen Heimatschutz. Die Vertragsfreiheit und die Eigentumsgarantie - ja, die gibts in der Schweiz (noch) - sollen auf dem populistischen Altar der «Volksstimmung» geopfert werden.

Doch es darf bei Unternehmensübernahmen nicht um Sympathien (oder um Antipathien) gegenüber Chinesen, Russen, Briten, Franzosen oder Österreichern gehen. Im Vordergrund müssen die Grundprinzipien eines liberalen Rechtsstaates stehen. Die Marktwirtschaft setzt voraus, dass Auslandsinvestitionen zugelassen werden, von Schweizern im Ausland - und ebenfalls von Ausländern in der Schweiz. Ohnehin befinden sich die Kapitalmehrheiten zahlreicher «schweizerischer» Publikumsgesellschaften längst in den Händen ausländischer Investoren, die nebst Kapital viel Know-how mit sich bringen. Also: keine Angst vor China!

In einigen Ländern - etwa in den USA oder in Deutschland - gibt es Behörden, die bei Auslandsinvestitionen intervenieren können (und sollen). Es handelt sich indes nicht um eine generelle Marktkontrolle, sondern es geht jeweils um Branchen oder Unternehmen von nationalem öffentlichem Interesse (Rüstungsindustrie, Telekommunikation, Infrastrukturen etc.).

Ich bin ohne Vorbehalte der Meinung, dass solche wirtschaftlich strategischen Landesinteressen der Schweiz selbstverständlich geschützt werden müssen. Übersehen wird allerdings meistens, dass dies heute bereits der Fall ist: nicht durch ein «Übernahmeabwehrgesetz», sondern durch Staatsbeteiligungen (Beispiele: Swisscom, Post, SBB, Ruag oder Nationalbank). Der Bund kontrolliert heutzutage nämlich nach wie vor die strategischen Industrien unseres Landes. Anders müsste die Schutzsituation eingeschätzt werden, sobald es zu umfassenden Privatisierungen im Infrastrukturbereich käme, doch scheint dies heute illusorisch zu sein. Und bis dahin muss niemand Angst vor China haben!

KOMMENTAR

Eine verständliche Forderung

Der Sonntag ist trotz Verkaufsverbot schon lange kein Ruhetag mehr. Wir essen in Restaurants und besuchen Fussballspiele im Stadion. Unsere Einkaufsgewohnheiten haben sich verändert, nicht nur wegen des Internets. Wir besorgen uns abends um 22 Uhr in Tankstellenshops oder am Sonntag im Coop beim Bahnhof noch rasch



von Pirmin Kramer

Die Läden in Baden sollen auch am Sonntag offen haben dürfen, fordert der städtische Gewerbeverein.

einige Lebensmittel. Warum sollen wir also nicht auch am Sonntag in den Läden in der Innenstadt einkaufen dürfen?

Der Gewerbeverein «City Com» in der Bäderstadt Baden will das Zentrum zur Tourismuszone erklären und mit diesem Kniff Shopping auch an Sonntagen ermöglichen. Die Bemühungen sind verständlich: Viele Ladenflächen im Zentrum stehen leer. Das liegt nicht nur an den hohen Mietpreisen, sondern vor allem am Einkaufstourismus und am Online-Handel, der städtischen Gewerbetreibenden zu schaffen macht. Der Sonntag als zusätzlicher Verkaufstag würde den Ladenbesitzern mehr Umsatzmöglichkeiten bieten. Dies spätestens, wenn das neue Thermalbad steht, Baden wieder eine Tourismusdestination ist und jedes Jahr Hunderttausende Gäste in die Stadt reisen - viele davon sonntags.

Die weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist wohl nur eine Frage der Zeit, und Baden hätte die Möglichkeit, eine Vorreiterrolle zu spielen. Selbstverständlich darf dies nicht dazu führen, dass nur Händler und Kunden profitieren, die Angestellten hingegen zu den Verlierern werden. Wer am Sonntag arbeitet, muss angemessen finanziell entschädigt oder mit freien Tagen belohnt werden.

@ pirmin.kramer@azmedien.ch

APROPOS

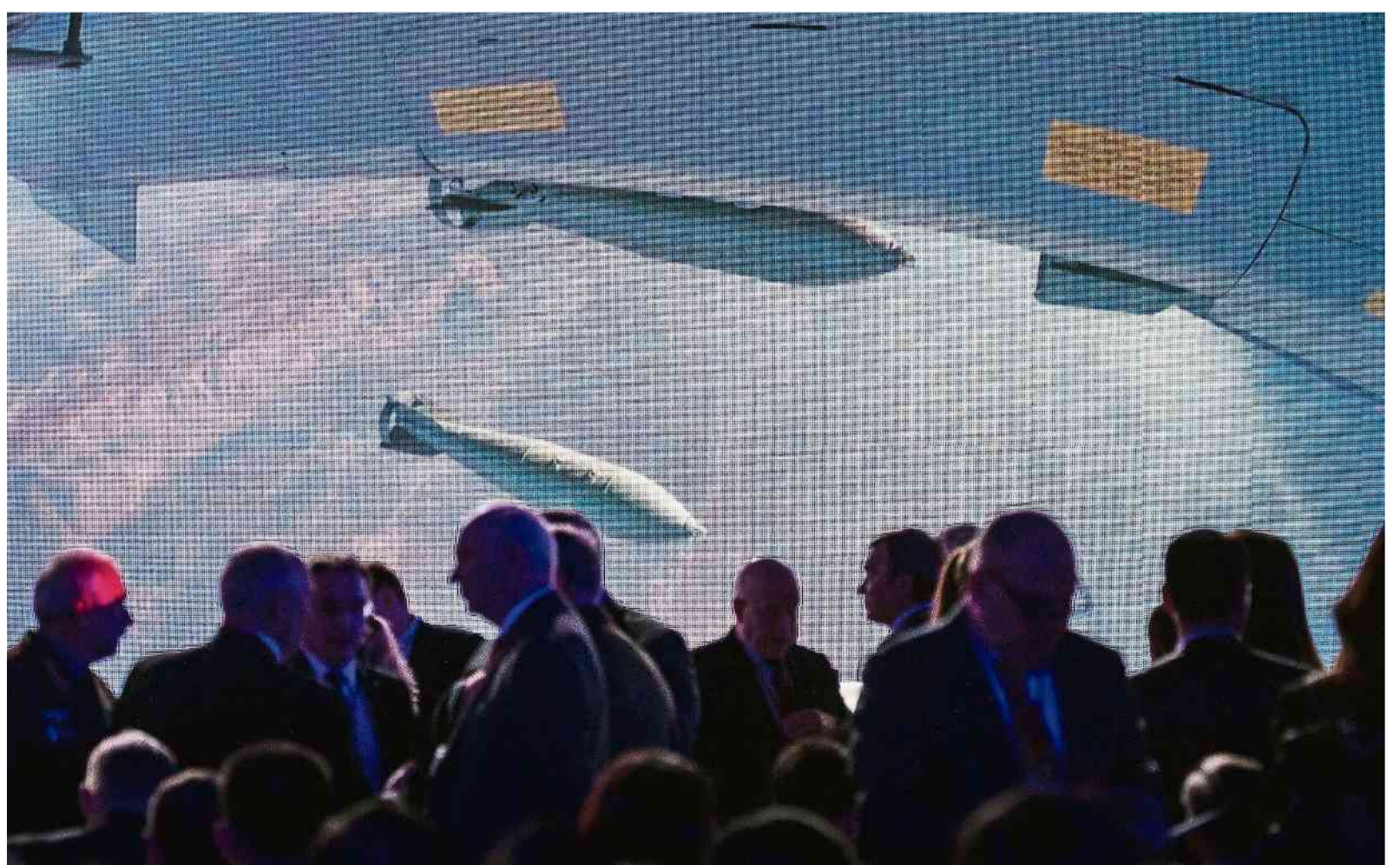
Kindersoldaten im Kampf um Kitsch

Vladimir Nabokov hasste ein paar Dinge, wie man weiss, weil er für die Gegenstände seines Hasses eine schwierige Sprachform verwendete und zur Meisterschaft brachte: die Polemik. Drum muss man lieben, was Nabokov hasste. Etwa Zeitungsfeuilletons, die Kinderbücher besprechen. Nabokov fand Besprechungen solcher Bücher überflüssig.

Gerne weite ich die Hassliebe aus: Auf den Index gehören nicht nur Kinderseiten in Zeitungen, sondern alle öffentlichen Verlautbarungen von Kindern. Wer immer Goofen ein Mikrofon entgegenstreckt, der soll ein Jahr lang vom Sender weg und ab in die Quarantäne. Kinder ahnen Kinder nach, wenn sie mit vorgestrecktem Mikrofon etwas gefragt werden. Sie reden süsslicher und doofer, als sie sind, weil sie auf einen Herzigkeits-Bonus spekulieren, der alles gutheisst. Angeblich soll Kindermund immer «goldig» sein. In Tat und Wahrheit ist unerquicklich, was Racker radebrechen.

Schlimmer noch, wenn Kinder Erwachsene nachahmen - immerhin ist das für Letztere entlarvend. Sie schwätzen wichtig altklug daher, selbst bei blühendem Unsinn. Kaum erträglich ist die Gefallsucht, die sie so wenig beherrschen wie die erwachsenen Vorkäufer. Goofen werden, oft vom Fernsehen, im Medienkrieg eingesetzt - als Kindersoldaten im Nahkampf des Kitschs.

♦♦ Max Dohner, Baden



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

«Finden Sie das etwa die passende Kulisse, Herr ...», Kowaljew blickt auf den Badge seines Gegenübers, «Mister Smith?» Smith zeigt mit Daumen nach rechts: «Sie meinen die Videowand hier? Herr Kowaljew, woher sind Sie angereist?» - «Nordossetien-Alanien.» - «Oh Kaukasus, aufregende Gegend für uns», spottet Smith: «Was haben Sie denn als Kulisse erwartet?» - «Nun», sagt Kowaljew, «gleich so

kriegerisch? Wir sind an einer Sicherheitskonferenz in Moskau, nicht an einer Börse für Waffenhändler.» Ohne den Ton zu ändern, sagt Smith: «Unter dem Begriff «Sicherheit» verkaufen Sie heute alles. Die Leute sind sofort ruhig, wenn man ihnen jede Sache von Waffen und Aggression erklärt mit «Sicherheit.» Kowaljew nickt: «Heissen Sie wirklich wie alle Westspione Smith?»

FOTO: A. ZEMLIANICHENKO/KEY